

Scirocco - Kurzinfos aus Italien

31.07.2026: Mehrheit ohne Mehrheit: Melonis holpriger Versuch das Wahlrecht zu reformieren

Nach der Enttäuschung über die verfehlte Justizreform zu Beginn des Jahres wagt Meloni den nächsten Schritt: Eine Wahlrechtsreform. Der [dritte Versuch](#) in Italien der letzten Jahre, das Wahlrecht zu verändern, nach dem Scheitern 2014 und 2017. Sofern die Premierministerin Italiens bis September ihr Amt innehält, weist sie die längste Amtszeit als Ministerpräsidentin seit Ende des Zweiten Weltkrieges vor. Siegesicher mit Blick auf die Parlamentswahlen im kommenden Jahr gerichtet, möchte Meloni nun die Reichweite ihrer Regierung weiter ausbauen. Hierfür stellt sie einen Gesetzesentwurf für eine Wahlreform auf, von der Opposition „Melonellum“ genannt. Am [17. Juli stimmte bereits der Senat für den Entwurf](#), im September wird die Abgeordnetenkammer entscheiden. Sollten diese Inhalte Änderungen vornehmen, so geht es erneut in die Abstimmung des Senats und wiederum in die Kammer, bis die Implementierung stattfinden kann.

Um die möglichen Auswirkungen einer solchen Gesetzesänderung zu verstehen, bedarf es zunächst einen kurzen Blick auf das bisherige Wahlsystem in Italien.

Rosatellum:

Bislang gilt in Italien eine Mischung aus der Mehrheits- und Verhältniswahl. [37%](#) der Abgeordneten werden demnach direkt in Wahlkreisen gewählt, während der Großteil, [61%](#), über festgelegte Parteilisten ins Parlament einziehen ([Parteien entscheiden über die Reihenfolge](#) ihrer Kandidat*innen). Über die verbleibenden Prozente entscheiden [Wähler*innen, die im Ausland leben](#). Einen zusätzlichen Bonus kann eine Partei momentan ausschließlich über den Gewinn in Direktwahlkreisen erhalten..

Melonellum:

Nach vier Jahren Amtszeit und knapp vor den nächsten Wahlen sieht Meloni nun den idealen Zeitpunkt, das Wahlgesetz grundlegend zu ändern. Statt wie offiziell angegeben zur Stabilisierung der Regierung, würde eine solche Reform wohl eher die demokratische Stabilität zum Bröckeln bringen.

Im Kern der Reform steht die Umstellung auf eine reine Verhältniswahl mit erheblichen Mehrheitsbonus. Demnach sollen Direktwahlkreise wegfallen, welche [oftmals der Opposition zugunsten kommen](#), besonders im Süden des Landes. Durch die Reform würden Parteien Anteile an Parlamentssitzen ausschließlich gemäß ihrer erzielten Prozentzahl erhalten. Erreicht eine Partei oder Koalition die [gesetzte Grenze von 42%](#) der Wählerstimmen sollen sie eine stabile Mehrheit darstellen, indem sie automatisch Bonusitze erhalten. Dafür sind [ganze 8% Extra](#) vorgesehen.

1. Auswirkungen auf die Abgeordnetenkammer:

Erreicht eine Partei oder Koalition 42% der Stimmen, würde dies in der Abgeordnetenkammer nach dem aktuellen Wahlsystem die Besetzung von 150 von insgesamt 400 Sitzen bedeuten. Durch den Bonus der geplanten Reform würden ihnen automatisch [zusätzliche 70 Sitze](#) in der Kammer zustehen. Obwohl 58% eine andere Partei wählen, würden sie dennoch eine eindeutige Mehrheit darstellen.

2. Auswirkungen auf den Senat:

Ähnlich würde es im Senat aussehen; von insgesamt 200 Senatssitzen bedeuten 42% 78 Sitze. Mit Zuzug des Bonus werden [35 addiert](#), womit ebenfalls die Mehrheit gesichert wäre.

Eine kritische Rolle spielt hierbei die Sperrklausel. Denn die Schwelle für den Mehrheitsbonus wird nicht anhand der gesamten Stimmenzahl einer Koalition berechnet, sondern ausschließlich anhand der gültigen Stimmen der einzelnen Listen, [die die Sperrklausel erreichen](#). Stimmen von Koalitionspartnern, die unter der 3%-Hürde bleiben, werden grundsätzlich [gar nicht berücksichtigt](#), mit Ausnahme der stärksten Liste unter diesen nicht zugelassenen Parteien.

Dadurch könnte eine Koalition, die beispielsweise insgesamt 45 % der Stimmen erzielt, für die Berechnung des Bonus faktisch auf 40 % oder weniger fallen, wenn mehrere ihrer kleineren Partnerinnen knapp an der Sperrklausel scheitern. In einem Extremfall könnte sogar die stimmenstärkste Koalition gemessen an der tatsächlichen Wahlunterstützung [hinter eine andere Koalition zurückfallen](#) und den [Anspruch auf den Mehrheitsbonus verlieren](#). Besonders betroffen wäre auch von diesem Aspekt [der italienische Mitte-Links-Flügel](#), da dieser traditionell stärker fragmentiert ist und häufiger in Bündnissen antritt.

Ablehnung der Präferenzwahl:

Ein weiterer Bestandteil der Reform sollte ursprünglich die Einführung einer Präferenzwahl darstellen. Hierfür sollten in Zukunft Wähler*innen bei Wahlen statt der festgelegten Parteienlisten die Möglichkeit erhalten, unabhängig der Listenplätze [Einzelpersonen aus der Partei](#) zu wählen. Mit [mindestens 50 fehlenden](#) Stimmen hat die Abgeordnetenversammlung bereits am 14. Juli gegen diesen Zusatz der Reform gestimmt. Eine bittere Niederlage für Meloni, da sich unter den Gegenstimmen auch Leute [aus den eigenen Reihen](#) befinden.

Hierbei übersieht die Premierministerin bei diesem deutlich kleineren und internen, aber dennoch erheblichen Rückschlag, wie es um die Stabilität ihrer Position steht. Denn die Abstimmung zeigt: Längst ist das rechte Dreiergespann, bestehend aus Fratelli d'Italia, Forza Italia und La Lega, [nicht mehr so unbesiegbar](#), wie sie lange Zeit glaubten. Auch der Einzug der faschistischen Partei Futuro Nazionale unter Ex-Legisten Roberto Vannacci bringt das [vorgespielte Gleichgewicht zum Schwanken](#) und stellt Meloni vor eine [Herausforderung](#). Ob sie ohne eine Koalition mit dem FN auf ihre gewünschte Mehrheit kommt ist fraglich, eine Koalition wäre gleichzeitig ein extremer Schritt und könnte ihr (auf europäischer Ebene) Ansehen und wichtige Wähler*innenstimmen kosten.

Ob Meloni ohne die Einführung der Präferenzstimmen das Durchsetzen des Referendums fortführt, bleibt fraglich. Nach [internen Quellen von Repubblica](#) soll Meloni eine erneute Abstimmung planen, wobei sie, ähnlich wie [am Vorabend](#) der ersten Niederlage, ihren Abgeordneten bei der erneuten Ablehnung Neuwahlen androht, was [den Wegfall einer Abgeordnetenrente, die ihnen ab Februar 2027 zusteht, bedeuten würde](#).

Obwohl also die Durchsetzungswahrscheinlichkeit der Wahlreform ungewiss ist, muss die Gefahr dessen Umsetzung klar im Blick behalten werden. Mehrere Teile gelten Experten zufolge als [verfassungswidrig](#). Melonis Ziel der Reform ist offensichtlich der Ausbau ihres Imperiums, was die weitere Verschärfung der sozialen [Ungleichheit, Verschlechterung des Gesundheitssystems und die Schwächung von marginalisierten Gruppen](#) in Italien bedeutet. Erneut vergisst Meloni ihre Rolle als Vertreterin der Italiener*innen. Anstatt nach den Interessen der Menschen zu handeln, setzt sie wieder einmal auf die weitere Entwicklung von Strategien, um politische Gruppen zu behindern.

Zusätzlich missachtet sie eindeutig eines der Kernprobleme der italienischen Wahlen und das daraus resultierende Repräsentationsdefizit; [die stetig sinkende Wahlbeteiligung](#), die 2022 bei [unter 64%](#) lag. Doch die erste Niederlage der Abstimmung über den Änderungsvorschlag macht das Bestehen einer aktiven Opposition deutlich und lässt auf weitere Niederlagen gegen Meloni hoffen.